

Die Beschränkung auf mündliche Kommunikation ist jeder illegalen Tätigkeit wesensimmanent. Jede Gesprächsnotiz, jeder Entwurf eines Flugblattes konnte bei einer Polizeiaktion beschlagnahmt und als Belastungsmaterial verwendet werden. Daher war es geboten, von vornherein solche Materialien nur in geringem Umfang entstehen zu lassen und unverzüglich nach Gebrauch wieder zu vernichten.

Das Landesarchiv Saarbrücken verwahrt die erhaltenen aufbewahrungswürdigen Akten der staatlichen Behörden und Gerichte aus der Hoffmann-Ära. Naturgemäß ist für ein sozialpolitisches Thema der Aktenniederschlag des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung und seiner Funktionsträger besonders wichtig. Freundlicherweise konnte der Bestand des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung vor seiner archivarischen Aufarbeitung benutzt werden. Auch wenn der Erkenntniswert eher als mittelmäßig einzuschätzen ist, so finden sich zwischen zahlreichen Drucksachen und Referentenentwürfen interessante Notizen, Vermerke und Schreiben von hohem Quellenwert. Dieser Bestand bildet die Grundlage für die Untersuchung der Sozialversicherungsreform von 1947. Die Bestände Regierungspräsidium und Verwaltungskommission wirken ergänzend und vertiefend. Besonders nachteilig wirkte sich aber aus, daß der Zugang zum provisorischen Archiv der Landesversicherungsanstalt für das Saarland nur unter restriktiven Bedingungen erfolgen konnte. Es durften keine Personalakten des Technischen und Beratenden Ausschusses der LVA eingesehen werden, eine Übersicht über die verwahrten Akten der Hoffmann-Zeit wurde nicht vorgelegt, ob eine solche überhaupt existiert, konnte nicht geklärt werden. Alles andere als kooperativ zeigte sich die Bundesknappschaft in Bochum wie auch ihre Bezirksstelle Saar.

Für die sozialpolitische Entwicklung in ihrer Breite bot sich die Kabinettsregistratur der ehemaligen Präsidialkanzlei im Landesarchiv an, die entgegen der ersten Erwartung aussagekräftig war. Sowohl die Begründung zu den Gesetzentwürfen als auch die Schreiben mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen boten zahlreiche Hinweise. Dem Schneider-Becker-Archiv waren ergänzende Informationen zu entnehmen.

Zur Überprüfung des sozialpolitischen Leistungsstandards wie auch möglicher Impulse der saarländischen Familienpolitik auf die bundesdeutsche waren die Bestände Bundeskanzleramt, Bundesministerium für Arbeit und Bundesministerium des Innern im Bundesarchiv Koblenz nur zum Teil ergiebig. Speziell zur Familienpolitik erwies sich der Nachlaß von Franz-Josef Wuermeling im Archiv für Christlich-Demokratische Politik in St. Augustin als wahre Fundgrube. Er offenbarte im Gegensatz zu der Überlieferung der im Bundesarchiv befindlichen Ministerialakten die Schärfe der Kindergelddiskussion und einer Übernahme des saarländischen Familienzulagensystems.